

**Antrag der Fraktion der CDU****Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent ahnden**

Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat in den vergangenen Jahren bundesweit zugenommen. Auch in Bremen berichten Einsatzkräfte von einem gesteigerten Aggressionspotenzial gegenüber Einsatzkräften. Sie sehen sich immer öfter verbalen und körperlichen Angriffen ausgesetzt.

Angriffe auf Polizeibeamte können von der Gesellschaft in keinem Fall hingenommen werden. Das Land Bremen ist nicht nur zum Schutz seiner Beamtinnen und Beamten verpflichtet, sondern muss auch die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols sicherstellen. Hierfür ist nicht zuletzt ein wirksamer Sanktionsrahmen erforderlich.

Wer im Bundesland Bremen Polizeibeamte angreift, muss mit einer konsequenten, schnellen und spürbaren Bestrafung zu rechnen haben. Darauf müssen sich sowohl die Polizistinnen und Polizisten in Bremen und Bremerhaven verlassen können, als auch potenzielle Gewalttäter.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Staatsanwaltschaft zur konsequenten Verfolgung aller rechtswidrigen Angriffe auf Vollstreckungsbeamte anzuhalten und, falls erforderlich, im Einzelfall eine entsprechende Weisung zu erteilen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Schutz von Polizeibeamten vor Gewalt und Verletzungen durch eine kontinuierliche Verbesserung der Einsatztaktik, der persönlichen Ausstattung und der Fortbildung sicherzustellen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Auffassung der Innenministerkonferenz, dass angesichts des deutlichen Anstiegs der Widerstandshandlungen und der zunehmenden Angriffe auf Polizisten (aber auch Feuerwehreute und Rettungskräfte) eine Novellierung der einschlägigen strafrechtlichen Sanktionsnormen geboten ist.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene aktiv für eine Überarbeitung des aktuellen Sanktionsrahmens einzusetzen und dabei den Vorschlag der Gewerkschaft der Polizei zu berücksichtigen, als § 115 StGB einen Straftatbestand „Tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“ zu schaffen.

Wilhelm Hinners,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU